

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch die diesjährigen Haushaltsberatungen werden durch weitere Verschlechterungen bei Einnahmen und Ausgaben gekennzeichnet zu denen insbesondere die Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie Mehrbelastungen durch die erhöhte Kreisumlage und gestiegene Personalaufwendungen gehören. Bisherige politische Festlegungen bezüglich unserer kommunalen Infrastruktur, beispielsweise der Kultureinrichtungen im Zusammenhang mit dem IHK Alt/Oberstadt und die bisher unwidersprochene Aussage, keine Schließung von Einrichtungen zu verfolgen, schließen erhebliche strukturelle Einsparungen aus. Auch die Möglichkeiten, über den Personalhaushalt zu erheblichen Einsparungen zu kommen, sind gegenwärtig ohne große Erfolgsaussicht. Denn Personal folgt den Aufgaben. Und bei der Suche nach geeignetem Fachpersonal wird immer wieder deutlich, dass wir in vor großen Herausforderungen stehen, die sicher nicht durch Kürzungen im Personaletat zu bewältigen sind. Im Gegenteil, neben dem Versuch, durch eigene Aus- und Weiterbildungsanstrengungen die notwendigen Fachkräfte zu gewinnen, müssen wir mit einem intelligenten Personalentwicklungskonzept versuchen, auch geeignete Kräfte von außen für die Mitarbeit zu gewinnen. Dies ist einerseits mit Kosten verbunden, kann aber andererseits auch neue Sichtweisen und Methoden in die Arbeit der Stadtverwaltung integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es bestehen für die zukünftige Entwicklung unseres HSK und damit der Stadtfinanzen weitere, schwergewichtige Risiken wie nicht zuletzt durch die Nachrichten der letzten Tage über den zusätzlichen Finanzbedarf des LWL oder die erhöhten Finanzbedarfe für den Defizitenausgleich bei der MVG in der Zukunft deutlich wurde. Wir wollen bezüglich der MVG alles dafür tun, um auch weiter ein gutes Nahverkehrsangebot in öffentlicher Trägerschaft zu behalten. Dies hat der Rat mit seinem Beschluss zur Stimmrechtsübertragung auf den Märkischen Kreis in großer Einmütigkeit deutlich gemacht. Ich hoffe, dass sich diese Haltung auch in allen anderen Städten im MK durchsetzt, um die Hürden für eine Privatlösung auf der Basis von möglicher Rosinenpickerei so hoch wie möglich zu setzen.

Warum der Bundesgesetzgeber dieses Problem durch den Vorrang der sogenannten Eigenwirtschaftlichkeit bisher nicht beseitigt hat, erschließt sich mir nicht. Dies ist nach meinem Verständnis ein tiefer und nicht gerechtfertigter Eingriff in das verfassungsmäßig gesicherte Recht auf kommunale Selbstverwaltung.

- 2 -

Weitere Risiken bestehen zweifellos bei der Finanzierung von Kindertagesstätten, wo ein wichtiger, großer konfessioneller Träger nun, analog zu anderen Trägern, zusätzliche Betriebskostenzuschüsse verlangt und eine Einrichtung komplett aufgeben will.

Auch für die Schlüsselzuweisungen gibt es keine sicheren Grundlagen für die Zukunft, da unsere Ansätze sich lediglich auf das Eckpunktepapier der Landesregierung beziehen. Das eigentliche Gesetzgebungsverfahren läuft noch und auch bei unseren Personalaufwendungen sind ab 2018 entsprechend der Orientierungsdaten 1% jährliche Steigerung einkalkuliert, was sicher sehr knapp kalkuliert ist. Die derzeit vorliegenden aktuellen Tarifabschlüsse sind natürlich auf der Basis der realen Zahlen verarbeitet.

Ein besonders wichtiges Element unseres HSK ist der Wegfall unserer Beteiligung am Fonds deutscher Einheit. Diese Jahr für Jahr neu festgelegte und abgerechnete Beteiligung belastet aktuell unseren Haushalt 2017 im Entwurf mit knapp 4 Millionen Euro. Damit finanzieren wir weiterhin einen längst nicht mehr zeitgemäßen einseitigen Finanztransfer von West nach Ost. Überspitzt gesagt: Damit die ein oder andere wohlhabende Stadt im Osten weiterhin schuldenfrei ihre Infrastruktur verbessern kann oder mögliche Festgeldkonten bestücken kann, nehmen wir hier Kassenkredite auf und müssen uns von unseren Bürgern fragen lassen, warum sie bei ihren touristischen Ausflügen in den Osten unseres Landes dort oft so schön gepflegte Grünanlagen, so gut ausgebaute Straßen und vieles andere mehr sehen können, was in unserer Stadt oft Anlass zu Kritik bietet.

Sollte dieser Anachronismus nicht, wie bisher angekündigt, ersatzlos gestrichen werden, geht jede Form der Weiterführung zu unseren Lasten in das HSK.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein geplantes Defizit von knapp 14 Millionen Euro, bei rund 223 Mio Erträgen und 237 Mio Aufwendungen zeigt deutlich, dass wir von einer zukunftssicheren Haushaltsführung weiterhin weit entfernt sind und lediglich durch Verzehr von Eigenkapital im Rahmen unseres HSK über die Runden kommen.

Dass viele Kommunen, trotz vergleichsweise guter Konjunktur in einer solch bedrohlichen finanzpolitischen Lage sind, hat sicher unterschiedliche Ursachen. Das Zitat aus der Erklärung des Deutschen Städtetages aus Dresden von 2015 aus meiner Haushaltsrede des vergangenen Jahres ist hier nach wie vor von bedrückender Aktualität:

“Maßgeblich muss dabei der politische Konsens zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse sein. Bund und Länder müssen auf dieses Ziel ausgerichtete finanzielle Gestaltungsspielräume für alle Städte erhalten bzw. schaffen. Bund und Länder sind gefordert, jenseits von finanziell begrenzten Konjunktur- und Unterstützungsprogrammen Verbesserungen für die drängensten Problembereiche der Kommunen zu finden“...und weiter heißt es zu Recht...“Das Sondervermögen des Bundes für Investitionen in finanzschwachen Kommunen ist dazu ein guter Schritt, dem im Zuge der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen weitere Maßnahmen folgen müssen.“

Nun hat der Bund Wort gehalten, was die zugesagten 5 Milliarden Entlastung für die Kommunen anbetrifft, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung. Allerdings lassen die Diskussionen um des Bundesteilhabegesetz und die Auseinandersetzungen um die Kosten der Integration von Flüchtlingen nichts Gutes ahnen, denn hier ticken die Uhren für die nächsten dynamischen Kostenverschiebungen zu Lasten der Kommunen.

Die Entwicklung, insbesondere bei uns in NRW, ist geprägt von einem weiteren Anwachsen der Kosten für Soziale Leistungen. Diese sind im vergangenen Jahr um 8,5 % gestiegen. Das fortlaufende Wachstum dieser Ausgaben wird aktuell durch den Zuzug von anerkannten Flüchtlingen und den Ausgaben nach dem AsylBIG bzw. nach SGB II noch verstärkt.

Dieser Zuwachs auf der Ausgabenseite findet in der Gemeindefinanzierung durch das Land keinen Niederschlag:

Denn obwohl die Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2015 um 7,4 % zugelegt haben, stiegen die Schlüsselzuweisungen nur um magere 2,2 % gegenüber dem Vorjahr, nicht zuletzt bedingt durch einen weiteren Einschnitt in die Schlüsselmasse zur Gegenfinanzierung der zweiten Stärkungspaktstufe. Die Mehrausgaben führen damit, sofern sie nicht durch Einnahmequellen der Kommunen gegenfinanziert werden, zu dem verbleibenden Defizit. Unterstützungen durch Konjunkturpakete des Bundes oder auch die sehr begrüßenswerte Initiative der Landesregierung unter dem Titel Schule 2020 sind immer nur zeitlich begrenzte, punktuelle Hilfen, die aber am grundsätzlichen Dilemma die chronischen Unterfinanzierung der Kommunen und an der falschen Verteilung der Finanzierung von Sozialleistungen nichts ändern. Damit bleibt uns, den Kommunen, nichts anderes übrig als notwendige Investitionen zu streichen oder zumindest zu strecken und Leistungen einzuschränken oder komplett zu streichen oder Steuern zu erhöhen.

- 4 -

Dieser Teufelskreis muss endlich durch eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch wirklich verdient, durchbrochen werden. Zudem benötigen wir endlich eine wirksame Mitwirkung der Kommunen an Gesetzgebungen des Landes und Bundes, denn die Fiktion der Interessenvertretung der Kommunen durch die Bundesländer wird durch die politische Wirklichkeit keinesfalls erfüllt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Was es bedeutet, bei den sogenannten freiwilligen Leistungen einzusparen, erleben wir immer wieder bei dem bereits beschlossenen HSK. Zuletzt bei der Diskussion um die Zuschüsse für Kinder aus einkommensschwächeren Familien, die Ferienfreizeiten besuchen wollen. Hier zeigt sich, dass wichtige Faktoren für soziale Lebensqualität und Attraktivität einer Stadt auch von freiwilligen Leistungen abhängen, die aber systembedingt automatisch im Visier von Konsolidierung und Sparvorgaben stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei all den beschriebenen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen können und wollen wir aber die Entwicklung unserer Stadt keinesfalls vernachlässigen. Gerade weil die Herausforderungen so groß sind und der Wettbewerb der Standorte um Einwohner noch zunimmt, wollen wir uns diesem Wettbewerb und den damit verbundenen Herausforderungen stellen.

Die Entwicklung der Denkfabrik wird hoffentlich durch den Bau des Polymer Trainings Zentrums ( PTC ) des KIMW weiter voranschreiten und auch bei unserem Sorgenkind, der Brücke zwischen neuem Bahnhofsquartier und der Seite von EGC und Phänomena, geht es jetzt sichtbar voran. Die Nachfrage nach Flächen beim EGC ist hoch und ich möchte mich an dieser Stelle bei Geschäftsführung und Aufsichtsrat des EGC noch einmal dafür bedanken, dass durch eine beharrliche und weitsichtige Verhandlungsstrategie beim Verkauf der DIAL Anteile, soviel Erlöst wurde, dass nun neue Perspektiven entwickelt werden und auch solide umgesetzt werden können.

Auch für die im Quartier der Denkfabrik noch zur Verfügung stehenden Flächen eröffnen sich interessanten Perspektiven u.a. zur Errichtung einer großen integrativen Kindertageseinrichtung.

- 5 -

Das IHK, als Fortsetzung der Denkfabrik und als weiterer Schritt zur Umsetzung des Handlungskonzepts Innenstadt geht in seine Umsetzungsphase. Dabei ist es schon einigermaßen erstaunlich, dass hier in den letzten Wochen der Eindruck entstanden ist, dass die Einzelemente dieses IHK nicht intensiv und gründlich diskutiert und sorgfältig abgewogen worden sind. Ich habe bereits in der letzten Ratssitzung versucht, deutlich zu machen, dass alle zurzeit laufenden Schritte, auf Beschlüssen des Rates und seiner Ausschüsse mit jeweils großen Mehrheiten basieren. Und gerade die Diskussion um Gestaltung der neuen Musikschule und das dafür erforderliche Raumprogramm ist gründlich, unter Abwägen von Für und Wider, geführt worden.

Dass zunächst Partikularinteressen, wie die Sorge um bequeme Parkplätze, insbesondere für einige Lehrerinnen und Lehrer, die tatsächlichen oder vermeintlichen Grundstücksinteressen einiger Immobilienbesitzer in der Alt- bzw. Oberstadt über die Chance gestellt wurden, durch den jetzt konzipierten Neubau der Musikschule am Staberg die optimalen räumlichen Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung unserer seit 50 Jahren erfolgreichen städtischen Musikschule zu schaffen, befremdet mich schon. Hier am Standort zwischen zwei Schulen werden nicht zuletzt für die beiden benachbarten Gymnasien zusätzliche Möglichkeiten der musikalischen Bildung geschaffen. Gerade die Öffnung unserer Musikschule in die Schulen, wie die Bläserklassen am BGL oder die Streicherklassen an der THR, aber auch die Beteiligung an JEKITS an den Grundschulen Wehberg und zukünftig an der GS Lösenbach oder Kooperationen mit KiTas, Streicher in der KiTa am Vogelberg, zeigen in welche Richtung musikalische Förderung zukunftsorientiert geht. Hier sollten Schulen diese Chancen offensiv nutzen, denn die Erfahrung der Berliner Langzeitstudie zum Zusammenhang von verbesserten Lern- und Entwicklungsschritten von Schülerinnen und Schülern, die zusätzliche musikalische Angebote erhalten und wahrnehmen, gegenüber denen, die solche Angebote nicht erhalten, werden auch durch unserer Beispiele vor Ort eindrucksvoll bestätigt.

Durch diese enge Kooperation mit den Schulen gelingt es zunehmend, auch Kindern und Jugendlichen intensive Erfahrungen mit Musik und Instrumenten zu vermitteln, die nicht vom Elternhaus bereits entsprechende Impulse und Förderung erhalten. Eine solche Breitenwirkung ermöglicht es dann, zusätzliche Talente zu erkennen und systematisch zu fördern. Die Ergebnisse unserer Musikschule bei regionalen und überregionalen Wettbewerben bestätigen diesen Weg immer wieder in eindrucksvoller Weise.

- 6 -

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Notwendigkeit eines Neubaus der Musikschule möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass es am bisherigen baulichen Standort unserer städtischen Musikschule nicht nur um die Fragen der Barrierefreiheit, sondern auch um das Nachrüsten im Sinne von zeitgemäßen Arbeitsbedingungen ging. Natürlich ist es legitim, die Frage nach der Vereinbarkeit des städtischen Eigenanteils zum IHK im Verhältnis zu anderen zukünftigen finanziellen Herausforderungen z.B. bei der Feuerwehr, kritisch zu hinterfragen. Allerdings verstehe ich nicht, warum ausgerechnet der Musikschulneubau isoliert gestrichen werden soll. Denn hier bietet das Konzept des IHK die große Chance, das bisherige Gebäude ebenso wie den Neubau nach Umzug der Musikschule mit erheblicher Unterstützung aus Mitteln der Städtebauförderung für Zwecke der VHS so herzurichten, dass die Fremdanmietung von der Knapper Straße entfallen und die Arbeit an der Altenaer Strasse in zeitgemäßen Räumen fortgesetzt werden kann. Dies alles ließe sich mit der bisher zugesagten Förderquote von 80 % mit attraktiven Konditionen realisieren. Es wäre bedauerlich, wenn der bisherige Konsens einiger Fraktionen zum IHK Alt- und Oberstadt aufgekündigt wird, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen finanziellen Risiken bezüglich der Landesförderung.

Neben dem Architekturwettbewerb und den ersten Realisierungsschritten der Musikschule in 2017/2018 stehen für den gleichen Zeitraum die energetische Ertüchtigung und die Barrierereduzierung in der Alten Rathaus Strasse 1+3 ebenso auf der „to do Liste“ wie energetische Maßnahmen für Bücherei und Kulturhaus. Besonders wichtig erscheinen mir auch die präventiven Maßnahmen zur Stärkung des Wohn- und Sozialquartiers zu sein, für die in den Jahren 2017/2018 über 200.000 Euro vorgesehen sind.

Von der Erarbeitung eines Parkraumkonzepts verspreche ich mir wichtige Hinweise auf die Entwicklung dieses Quartiers. Durch die Einrichtung des Quartiersmanagements, das sich ja auf der Knapper Strasse für das Projekt Denkfabrik bewährt hat, kann der Prozess professionell und bürgernah begleitet und vorangebracht werden. Mit der Erstellung des Denkmalpflegeplans für die Altstadt und den Vorbereitungen für das Fassaden- und Hofflächenprogramms und den Fassadenwettbewerb für die Aufwertung der Parkpalette Turmstraße kann begonnen werden, die dann in 2018 umgesetzt werden sollen.

Auch vom Wettbewerb zur Neugestaltung des öffentlichen Raums und der Vorbereitung für die Aufwertung der zweifellos in die Jahre gekommenen Wilhemstraße verspreche ich mir lebhaftige Diskussionen und gute Leitplanken für die Stadtentwicklung in diesem Quartier.

- 7 -

All das ist ein anspruchsvolles und arbeitsintensives Programm, bei dem ich auf ein konstruktives Miteinander von Anwohnern, Politik und Verwaltung setze. Dass hier schon einiges in Bewegung gekommen ist, zeigt der intensive Dialog mit dem Altstadtverein, aber auch die Bewegung der sogenannten „Visionäre“, die in einem sehr konstruktiven Dialog mit der Verwaltung stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

haben wir uns bis vor einigen Jahren im Rahmen der demografischen Entwicklung noch mit einem kontinuierlichen Schrumpfungs- und Alterungsprozess in unserer Stadt beschäftigen müssen, sind seit einiger Zeit hier deutliche Veränderungen festzustellen.

So steigt in Lüdenscheid seit 2014 nicht nur die Einwohnerzahl, sondern vor allem die Zahl der Geburten. Gelegentlich wird im Verwaltungsvorstand mit Augenzwinkern auf die Appelle des BM aus der Vergangenheit verwiesen, offensive Familienentwicklung zu betreiben. In der Verwaltung ist diese Entwicklung auch dann immer wieder ein Thema, wenn Personalanforderungen wegen Erziehungszeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestellt werden. Auch wenn es einen bundesweiten Trend zu mehr Geburten gibt, ist für Lüdenscheid eine Steigerung von über 20 % gegenüber 8,1 % im Bund zu verzeichnen.

Neben dem allgemeinen Trend scheinen sich hier die Bemühungen unseres Lüdenscheider Bündnisses für Familie und die Bemühungen um die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf auszuzahlen.

Damit wachsen auch die Anforderungen an die Systeme KiTa und Schule. Zusätzliche Herausforderungen durch die EU Zuwanderung und die Integrationsbemühungen für die Kinder und Jugendlichen aus den Flüchtlingsfamilien kommen hinzu.

Bei der Schulentwicklung wird es zukünftig nicht mehr um die Schließung von Schulen, sondern um die Erweiterung von bisherigen Kapazitäten gehen. Dabei ist es sicher gut, dass wir über intakte Schulgebäude verfügen, die zur Zeit in anderen Nutzungen stehen, um hier zunächst im Grundschulbereich reagieren zu können. Das angekündigte Landesprogramm Schule 2020, durch das vom Land NRW erhebliche Investitionsmittel zum Zwecke der Sanierung und Modernisierung von Schulen zeitlich befristet zur Verfügung gestellt werden, sollte in diesem Zusammenhang sorgfältig geprüft und genutzt werden. Dieses Programm würde für 4 Jahre erhebliche zusätzliche Investitionen ermöglichen, ohne unseren, für das HSK selbst auferlegten, Investitionsdeckel zu gefährden.

- 8 -

Auch beim KiTa Ausbau stehen wir vor weiteren Herausforderungen. Die Maßnahmen im Bereich Buckesfeld/Grundschule Lösenbach sind vor einigen Tagen vorgestellt worden und das Projekt einer größeren integrativen Einrichtung im Quartier der Denkfabrik muss vorangetrieben werden. Dazu kommen weitere U3 Plätze in der KiTa Vogelberg, aber auch die Überlegungen zur Sicherung eines entsprechenden Angebotes im Stadtteil Gevelndorf, wo uns durch die Ankündigung des katholischen KiTa Zweckverbandes zur Schließung einer Einrichtung ein erhebliches Defizit an Plätzen droht. Hier müssen zumindest Ersatzplätze, am besten in Verbindung mit zusätzlichen U3 Plätzen geschaffen werden und auch im Innenstadtbereich benötigen wir zumindest an einem weiteren Standort zusätzliche U3 Angebote. Die Suche nach einem geeigneten Standort ist zur Zeit im Gang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach der Bewältigung der Herausforderung, die große Zahl der Flüchtlinge aus dem vergangenen Jahr, aber auch die aktuell zugewiesenen Menschen menschenwürdig unterzubringen, steht jetzt die Integration dieser Menschen im Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Die Vermittlung in regulären Wohnraum erfolgt mit wachsendem Erfolg, das Integrationszentrum im Bereich der ehemaligen Grundschule Schöneck gewinnt an Kontur und gleichzeitig müssen weiterhin Sprachvermittlung und vor allem die Integration in Arbeit erfolgen.

Das nachhaltige Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer ist dabei ebenso unerlässlich wie der professionelle Einsatz der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Allen Menschen, die damit deutlich machen, dass Lüdenscheid eine weltoffene Stadt ist und bleiben will, und die alles dafür tun, die Chancen, die in diesem Prozess stecken, zu nutzen, möchte ich an dieser Stelle auf das Herzlichste danken. Wir verfügen in Lüdenscheid über eine sehr alte und durchweg positive Zuwanderungserfahrung. Lassen Sie uns diese Erfahrung nutzen, um aus dieser Entwicklung im Sinne einer offenen, zukunftsgerichteten Stadtgestaltung gemeinsam eine Erfolgsgeschichte zu machen. Das bedeutet keinesfalls, die Bedenken und Ängste zu ignorieren, die mit diesem Prozess verbunden sind. Im Gegenteil, alle Aspekte müssen wir ohne Vorurteile, aber auch ohne falsche Rücksichtnahmen in einer offenen Diskussion in der Stadtgesellschaft, in den Wohnquartieren und überall da, wo die entsprechenden Fragen aufgeworfen werden, besprechen.



- 9 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein weiteres wichtiges Investitionsvorhaben der Zukunft muss an dieser Stelle angesprochen werden. Auch wenn sich die Überlegungen noch in einem sehr frühen Stadium befinden, halte ich es angesichts der Dimension dieser Aufgabe für erforderlich, heute bereits darauf hinzuweisen. Das Thema wurde bereits interfraktionell angesprochen und nun auch öffentlich diskutiert.

Durch Veränderungen bei der Technik, u.a. größere Fahrzeugtypen und weitere Hilfsmittel wie Spezialcontainer u.ä., durch eine veränderte Personalstruktur, siehe die Weiterqualifizierung eines Teiles unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Notfallsanitätern, durch einen höheren Anteil von weiblichen Beschäftigten am Personalbestand unserer Feuer- und Rettungswache und weitere Faktoren, benötigen wir auf längere Sicht eine neue, zeitgemäße Wache.

Da im derzeitigen Gebäude nur begrenzt die notwendigen Anpassungen erfolgen können, ist dieser Prozess wohl unumgänglich. Allerdings müssen wir trotz dieser Erkenntnis auch im Bestandsgebäude aktuell all die Maßnahmen umsetzen, die möglich und für die Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erforderlich sind. Dabei setzen wir auf eine enge Kooperation mit den Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung. Eine verwaltungsinterne Projektgruppe unter Leitung des Ersten Beigeordneten Dr. Karl Heinz Blasweiler steuert diesen Prozess. Die ersten Konsequenzen im Haushaltsentwurf zeigen deutlich, dass auch die Sofortmaßnahmen für die Übergangszeit, durchaus nennenswerte finanzielle Größenordnungen beinhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Entwicklung unserer Stadt ist natürlich auf das Engste verknüpft mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem Erfolg heimischer Unternehmen. Nicht alle Betriebe können, wie vor einiger Zeit die Fa. Hueck auf eine 200 jährige, die Fa. Kostal auf eine 100 jährige, Fa. Selve auf eine 150 jährige oder die Fa. PC Turck sogar auf eine 225 jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Viele Unternehmen werden auch heute noch neu gegründet und gehen erfolgreich ihren Weg. Auch, wenn uns gelegentlich Unternehmen in Richtung von Nachbarstädten verlassen, weil sie dort insbesondere ein attraktiveres Grundstück bekommen können, siedeln sich, auch auf umgekehrtem Weg neue Unternehmen in Lüdenscheid an, wie zur Zeit der Neubau der Fa. Benseler im Gewerbegebiet Wibschla deutlich macht.

- 10 -

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Lüdenscheid steigt, aber für weiteres Wachstum werden auch in Zukunft neue attraktive Gewerbeflächen notwendig sein. Im Wibschla gibt es nur noch einige wenige Restflächen, auch am Timberg wird es eng. Die letzten Erweiterungsvorhaben im Bereich Freisenberg/Römerweg mit den damit verbundenen Eingriffen in die Natur, haben gezeigt, dass auch hier die Möglichkeiten begrenzt sind, und auch die Vermarktung des Gebietes der MGR Rosmart geht schneller voran, als in den Jahren zuvor. Deshalb sollten wir unsere interkommunalen Bemühungen mit den Nachbargemeinden Schalksmühle und Nachrodt-Wiblingwerde intensivieren, um hier nicht den Anschluss zu verlieren. Wer weiß, wie langwierig und kompliziert solche Verfahren sind, kann sich vorstellen, dass wir jetzt dringlich Vorsorge für die gewerbliche Entwicklung der Zukunft treffen müssen.

Ein Blick in die Statistik der BA macht deutlich, dass die Zahl der Arbeitslosen in Lüdenscheid im August bei 3250 Menschen ohne Beschäftigung lag. Das bedeutet gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr eine leichte Steigerung um 200 Personen. Gleichzeitig gibt es aber zahlreiche Stellenangebote für Fachkräfte in den verschiedensten Bereichen. Die Qualifizierungsbemühungen müssen deshalb weiter intensiviert werden und insbesondere für die Erstausbildung muss noch mehr getan werden als in der Vergangenheit. Mit der Denkfabrik, unserer sehr erfolgreichen Ausbildungsmesse im Kulturhaus, mit der gerade abgelaufenen SWTAL, die in den vergangenen Tagen wieder viele Menschen angezogen und begeistert hat, bemühen wir uns um entsprechende Impulse. Ich hoffe, dass der leichte Rückgang an Ausbildungsplatzangeboten in diesem Jahr eine vorübergehende Erscheinung bleibt, denn die Lösung der Herausforderungen kann keinesfalls in einer Streichung, sondern in einer Verstärkung von Ausbildungsangeboten bestehen. Auch wir als Stadt haben uns hier in der Vergangenheit, trotz schwierigster Haushaltslage, unserer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen gestellt und wollen dies auch in Zukunft tun. Das gleiche erwarten wir auch von allen anderen wirtschaftlich Tätigen in unserer Stadt. Ausdrücklich möchte ich auch alle die ermutigen, die bisher noch nicht ausbilden. Nutzen Sie die Beratungsmöglichkeiten der BA und der Kammern, hier in die Zukunft Ihres Betriebes und auch in die Zukunft unserer Region zu investieren. Sichern Sie sich auf diese Art und Weise Ihre Fachkräfte der Zukunft.

- 11 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich allen an der Haushaltsplanaufstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken. Herr Dr. Blasweiler, Herr Haarhaus und sein Team haben neben der Erstellung der Jahresabschlüsse, mit denen wir jetzt im vorgeschriebenen Zeitplan liegen, ganze Arbeit geleistet.

Lassen Sie uns alle gemeinsam bei diesen Haushaltsplanberatungen im konstruktiven Dialog die besten Lösungen im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung für unsere Stadt Lüdenscheid suchen.

**Ich bin fest davon überzeugt, es lohnt sich...**

Vielen Dank für ihre Geduld und Aufmerksamkeit.